

## **Bezirkstagspräsident Sebastian Schenk**

### *Rückblick auf 40 Jahre Bezirkstagsarbeit in Niederbayern*

#### Teil I

In der wechselvollen, bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Geschichte der bayerischen Bezirke jährt sich in Kürze ein Tag zum 40. Mal, der als Markstein im Ringen um die Selbstverwaltung auf der dritten kommunalen Ebene bezeichnet werden kann: Mit der am 1. Dezember 1954 in Kraft getretenen Bezirksordnung für den Freistaat Bayern vom 27.07.1953 wurde die bezirkliche Selbstverwaltung auf eine zeitgemäße, neue Grundlage gestellt. Zum besseren Verständnis sei außerdem daran erinnert, dass mit dem "Gesetz, die Einführung der Landräthe betreffend" bereits 1828 die Rechtsgrundlagen für das Bestehen der Bezirke gelegt wurden. Der "Landrath" für den Unterdonaukreis, also das erste Kommunalparlament Niederbayerns, konstituierte sich vor genau 165 Jahren. Einige von Ihnen, verehrte Gäste, feierten am 16. November 1979 mit uns auf der Burg Trausnitz den 150. Jahrestag der Entstehung des ersten Mitverwaltungs- und Beratungsgremiums für Niederbayern. Über die Entstehungsgeschichte werden wir zwar im anschließenden Festvortrag noch näheres erfahren, bemerkenswert erscheint jedoch, dass die nach der Kreisordnung von 1927 zu bildende Vertretung des Bezirksverbandes bereits demokratisch geregelt war. 1932 folgte die Zusammenlegung der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz und 1933 wurde nicht nur die Zahl der Repräsentanten des Bezirksverbandes von ehemals 25 auf 13 verringert, sondern im Zuge der Gleichschaltung gänzlich seiner demokratischen Vertretung beraubt.

Während in den übrigen Regierungsbezirken nach dem Krieg nur noch beratende Beiräte gebildet wurden, entstand 1945 auf Anordnung der Militärregierung der Regierungsbezirke Niederbayern/Oberpfalz bereits eine beschließende kommissarische Bezirksvertretung. Sie bestand aus 13 Vertretern der CSU und 12 von der SPD.

Im Sommer 1950 ordnete das Bayer. Staatsministerium des Innern an, dass für jeden der beiden Regierungsbezirke ein gesonderter Beirat, bestehend aus je 12 Mitgliedern zu bilden sei. Dass fortan die Beiräte der Bezirksverbände nur noch beratende und nicht mehr beschließende Funktion haben sollten, stieß in Niederbayern auf scharfen Protest. Bei der Vergabe der 12 Sitze wurde das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. November 1950 zugrunde gelegt, wonach die CSU 4, die Bayern-Partei 2, die SPD 2 und BHE/DG je 2 Vertreter stellten.

Die wesentlichen Pflichtaufgaben des Nachkriegsgremiums beruhten darauf, in erster Linie die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge des Bezirksverbandes zum Aufwand des Staates für die

- persönlichen Volksschullasten,
- die ständig wachsenden Aufwendungen für den Landesfürsorgeverband aufzubringen und
- für die Erhaltung der Betriebe der Heil- und Pflegeanstalt Mainkofen, der Ackerbauschule Schönbrunn und der Taubstummenanstalt Straubing

zu sorgen.

Den Beiräten wurde ferner das Recht eingeräumt, darüber hinaus Mittel auch zur Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Niederbayern bereitzustellen.

Während die Sitzungen des Beirates des Bezirksverbandes anfangs ausschließlich in der Regierung in Regensburg stattfanden, tagten insbesondere der sog. "verkleinerte Beirat" und der Bauausschuss meist in den niederbayerischen Bezirkseinrichtungen. Im Jahr 1952 ging man schließlich dazu über, die Sitzungen, zu denen nun auch die Presse zugelassen war, im "Böhm-Zimmer" des Landshuter Rathauses durchzuführen. Oberbürgermeister Lang zeigte sich darüber besonders erfreut und bezeichnete die Wahl des Tagungsortes als "einen Schritt auf dem Wege zur Verlegung des Regierungssitzes für Niederbayern nach Landshut". Sitzungen in Regensburg waren künftig nur noch die Ausnahme. Man bemühte sich, die Verbundenheit zur Stadt Landshut als dem künftigen Sitz der Regierung von Niederbayern und der Bezirksverwaltung zu

dokumentieren. So referierte z. B. der damalige Stadtarchivar und Museumsdirektor von Landshut, Theo Herzog, der Vater des amtierenden Bundespräsidenten, im Rahmen einer weiteren Sitzung am 12. Dezember 1952 ausführlich über den Erwerb von Kunstgegenständen alter niederbayerischer Meister, die er bei einer Auktion in Köln mit finanzieller Unterstützung des Bezirksverbandes für die Stadt Landshut erworben hatte.

Mit der Verabschiedung der neuen Bezirksordnung im Jahr 1953 hatte auch dieses Vorläufergremium des niederbayerischen Bezirkstages ausgedient.

Am 9. November 1953 tagte im Plenarsitzungssaal des Rathauses in Landshut schließlich der vorläufige Bezirkstag von Niederbayern, der als Interimsvertretung bis zum Inkrafttreten der Bezirksordnung eingesetzt wurde. Wenngleich sich an der bisherigen Situation nichts geändert hatte und den Mitgliedern noch keinerlei beschließende Funktionen zuerkannt worden waren, setzte sich dieses Gremium bereits wie der erste frei gewählte Bezirkstag aus 25 Vertretern zusammen. Im November 1954 beendete dieses Gremium seine Tätigkeit, nachdem die sieben bayerischen Bezirkstage erstmals zusammen mit dem Bayerischen Landtag von den Bezirksbürgern gewählt worden waren. Vor nunmehr 40 Jahren nahm der I. Bezirkstag von Niederbayern, der sich am 23. Dezember 1954 konstituierte, seine Arbeit auf. Obwohl die Bezirke das volle Selbstverwaltungsrecht erst durch das "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auf der Ebene der Bezirke" vom 24.05.1978 erhalten haben, war somit am 01.12.1954 die Lücke in dem von der Bayerischen Verfassung vorgeschriebenen Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung geschlossen und - neben den Gemeinden und Landkreisen - die Selbstverwaltung auch auf der Mittelstufe, der dritten kommunalen Ebene, wieder hergestellt.

Vier Jahrzehnte Bezirkstag von Niederbayern sind ein Grund, Rückschau zu halten. Da ich seit 32 Jahren diesem aus freien, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Gremium ununterbrochen angehöre, kann ich aus meiner Erfahrung feststellen, dass sich in Niederbayern die vom Gesetzgeber seinerzeit als "bayerische Besonderheit" geschaffene und im Grundsatz bis heute unveränderte Aufgabenstellung bewährt hat.

Wie vor 40 Jahren haben wir uns heute erstmals hier im Neuen Plenarsaal des Landshuter Rathauses zusammengefunden: Deshalb gilt mein besonderer Dank der Stadt Landshut, vertreten durch Herrn Bürgermeister Karl Holzer, für die erneut erwiesene Gastfreundschaft.

Ich freue mich, dass ich am selben Ort, wo ich 1954 als Zuhörer die ersten Schritte dieses Selbstverwaltungsgremiums verfolgen konnte, die bedeutendsten Stationen dieses jüngsten Abschnitts in der Geschichte des Bezirks Niederbayern noch einmal kurz nachzeichnen kann. Es geht mir dabei vor allem darum, jene Leistungen darzustellen, deren Erfüllung auf Initiativen und Entscheidungen des Bezirkstages zurückgehen.

Für die 25 Mitglieder des ersten Bezirkstages von Niederbayern, von denen sich die 14 Bezirksräte von BP, SPD und BHE/DG - analog der Münchner Viererkoalition - unter Bezirkstagspräsident Dr. Wilhelm Schönhuber (BP) zu einer Koalition zusammengeschlossen hatten, und die 11 CSU-Vertreter, die die Opposition bildeten, galt es zunächst, mit den Kriegsfolgen fertig zu werden und vor allem den enormen Nachholbedarf der bereits seit langem bestehenden Bezirkseinrichtungen in Straubing, Schönbrunn und Mainkofen wettzumachen.

## Teil II

### Hörgeschädigtenbildung

Das Institut für Hörgeschädigte in Straubing ist die älteste niederbayerische Bezirkseinrichtung und kann im nächsten Jahr bereits ihr 160jähriges Bestehen feiern. Die Hörgeschädigtenbildung gilt demnach als die originäre Aufgabe des Bezirks, die auf überregionaler, also Bezirksebene zweckmäßig und sinnvoll erfüllt werden kann.

Am 9. Februar 1835 wurde die Gründung des Taubstummeninstituts, so der offizielle Titel damals, im Kreisintelligenzblatt (früher wurden die Bezirke noch als "Kreise" bezeichnet) bekanntgegeben: "Die königliche Kreisregierung hat in der Stadt Straubing eine öffentliche Unterrichtsanstalt für Taubstumme errichtet und dieselbe unter die Leitung und Aufsicht der königlichen Inspektion des Schullehrerseminars gestellt." Damit ist der Bezirk Niederbayern Träger eines Instituts, das auf diesem speziellen Gebiet der Pädagogik weit über Bayern hinaus in Deutschland und im Ausland einen hervorragenden Ruf genießt.

Die Geschichte des Hörgeschädigteninstituts begann in einem ärmlichen Mietshaus. Immer war es gebunden an den Sitz des Lehrerseminars in Straubing. Seit der Schließung der Kreistaubstummenanstalt Regensburg (1934) umfasst der Schulsprengel des niederbayerischen Instituts auch die Oberpfalz mit Ausnahme der Landkreise Amberg/Sulzbach und Neumarkt/Oberpfalz sowie der kreisfreien Stadt Amberg.

Der Bezirk Niederbayern, dem das Wohl der hörbehinderten Kinder und Jugendlichen von jeher besonders am Herzen lag, unterstützte bei der Wiedereröffnung 1948 - vorübergehend diente die Anstalt als Lazarett - großzügig die Entwicklung dieser wichtigen Einrichtung. Nach etlichen Umzügen schuf der Bezirk in den Jahren 1968 - 1972 einen mustergültigen Neubau. Unter Professor Dr. Karl Hofmarksrichter und Direktor Hans Steinbauer begann, zusammen mit einem ungewöhnlich großen Interesse und unermüdlichen Fleiß der Lehrerschaft, nach dem Krieg eine äußerst fruchtbare Aufwärtsentwicklung des Hörgeschädigtenbildungswesens in Niederbayern. Die Taubstummenanstalt war in die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Höruntersuchung und Hörerziehung einbezogen und brachte in Zusammenarbeit mit Technikern und Fachärzten vielseitige Innovationen in der Entwicklung technischer Hörhilfen und in der pädagogischen Umsetzung methodischer Konzepte. Die Freundschaft von Professor Dr. Karl Hofmarksrichter mit Karl Orff ließ erste Schritte in der rhythmisch-musikalischen Erziehung erproben, die heute weltweit zum Selbstverständnis in der behinderungsspezifischen Arbeit geworden ist. Tanzkurse für Gehörlose - früher undenkbar, heute weltweit von vielen Einrichtungen erfolgreich nachgeahmt - feiern am Institut bereits ihr 25jähriges Jubiläum.

Die sogenannte "Schnupperlehre", ein Impuls, haben alle anderen allgemeinbildenden Schulen in Form der Betriebspraktika übernommen.

In den siebziger und achtziger Jahren wurde unter Federführung des jetzigen Institutsleiters Anton Klingl und ehemaligen Konrektors Bruno Mooser mit dem systematischen Sprachaufbau ein umfassendes zusammenhängendes didaktisches Sprachanbildungskonzept für Gehörlose erstellt, die im gesamten deutschen Sprachraum zur Grundlage der Lehrplanung geworden ist. Dazu gestalteten sie eine bisher einmalige Sprachbuchreihe für die Gehörlosenschulen. Des weiteren wurden vielseitige Grundlagen für den audiovisuellen Medieneinsatz entwickelt und eine eigene Fernsehanstalt "Institutsfernsehen" beispielhaft aufgebaut.

Im Rahmen eines europäischen Forschungsauftrages entwickelt das Hörgeschädigteninstitut derzeit mit Frau Dr. Vicsi (Budapest) ein computergesteuertes Artikulationsprogramm für Hörbehinderte. Das Institut leitet die Arbeitsgruppe "Softwaretests für Hörgeschädigte" des Bundesarbeitskreises "Neue Technologien", nachdem es bereits in den 80er Jahren den sinnvollen Einsatz der Computertechnik und Informatik an solchen Schulen nachgewiesen hatte. Die Erprobung des Englischunterrichts bei Gehörlosen wurde vor drei Jahren erfolgreich eingeleitet.

In den letzten zehn Jahren brachte der Bezirk zusammen mit dem derzeitigen Leiter des Instituts für Hörgeschädigte (IfH) wesentliche Neuentwicklungen bzw. Strukturveränderungen auf den Weg.

Mit der Errichtung der Hauptschule für Sprachbehinderte (Teilhauptschule I und II) schuf der Bezirk die notwendige Grundlage für ein modernes Förderzentrum für Hör- und Sprachbehinderte. Des Weiteren wurde eine mobile Schwerhörigenhilfe auf- und ausgebaut, die mittlerweile über 100 hörbehinderte Kinder und Jugendliche wohnortnah in den verschiedenen Schulen zu Hause mitbetreut. In den vielfältigen mobilen Diensten wird das Institut aufgrund der Flächenstruktur seiner Region besonders gefordert. Neue medizinische Erkenntnisse, insbesondere im Bereich der Reifung der Hörnervenbahnen, haben die Verantwortlichen des Hauses bewogen, sich in den letzten Jahren verstärkt der Frühförderung hörbehinderter Kleinkinder zuzuwenden, um in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen medizinischen Fachleuten und Fachkliniken auf der Grundlage einer frühen Erfassung und Diagnose sowie Hörgeräteversorgung einen hörgerichteten Spracherwerb einzuleiten und durch Prävention den behinderten Kindern beste Entwicklungschancen zu bieten. Unabdingbar bei dieser interdisziplinären Kooperation ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern der Behinderten. Bei einem so großen Einzugsgebiet ergibt sich daraus eine Fülle von Problemen und Kosten. Um den Ansprüchen der Kinder und Eltern entgegenzukommen, wurde zu den Internaten eine Tagesstätte errichtet. Damit verbunden gilt es, ein vielseitiges, aufwendiges Netz an Fahrdiensten ständig zu organisieren.

Ferner besteht seit dem September 1992 in der Vorschule des Instituts eine Integrative Kindergartengruppe. Es handelt sich dabei um den Versuch, einen kindgemäßen Lebensraum bewusst zu gestalten, in dem sich die nichtbehinderten und hörgeschädigten Kinder zusammen voll entfalten können. Neben dem Bildungsrahmen, der im Bayerischen Kindergartengesetz vorgegeben ist, gilt zusätzlich ein vom Institut entwickelter Bildungsplan. Inzwischen hat die Stadt Straubing und das Land Bayern diesen Integrativen Kindergarten innerhalb der Schulvorbereitenden Einrichtung anerkannt und das Gesamtkonzept durch die Bereitstellung entsprechender Mittel gewürdigt. Das neue Bayer. Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (§ 18 a, Abs. 5) berücksichtigt ausdrücklich diese am IfH erprobte Fördermöglichkeit.

Schließlich wurde dem Institut eine Seminarschule angeschlossen, in der die angehenden Gehörlosen- und Schwerhörigenlehrer ihre sogenannte zweite Phase (Referendariat) in der Lehrerbildung ableisten. Darüber hinaus finden viele Auszubildende jährlich Aufnahme in Hospitationen und Praktika.

Auch ein psychologischer Dienst wurde aufgebaut und der soziale Dienst für die schulentlassenen jugendlichen und erwachsenen Hörbehinderten ausgebaut. Damit kommt der Bezirk in optimaler Weise seiner sozialen Verpflichtung in der ambulanten Versorgung hörbehinderter Menschen nach.

Derzeit betreut das IfH ca. 400 Kinder und Jugendliche von der Frühförderung bis zur Schulentlassung. Des Weiteren beanspruchen ca. 1.200 Kinder und Jugendliche jährlich die Beratungsdienste im Haus.

Die Personal- und Sachkosten belaufen sich 1994 auf rund 14 Millionen DM. Am Schulaufwand beteiligt sich der Bezirk Oberpfalz mit rund 1 Million DM. Die Kosten der Heimunterbringung in Höhe von rund 8 Millionen DM hat die Sozialhilfe des jeweiligen Heimatbezirks des Schülers (Niederbayern und Oberpfalz) zu tragen.

In Kooperation mit der Hals-Nasen-Ohren-Universitätsklinik Regensburg ist das Institut dabei, den medizinischen Fortschritt, den die Chirurgie des Innenohres gebracht hat, effizient einzusetzen und eine Rehabilitationsabteilung für Cochlear-Implantierte aufzubauen. Für betroffene Mitarbeiter stellt sich die Aufgabe, neue Methoden zu entwickeln, die der existentiellen Situation der operierten Kinder und Jugendlichen gerecht wird.

1986 wurde mit der Gammelstiftung eine "Stiftung für Hörbehinderte am Institut für Hörgeschädigte Straubing" errichtet, die die hörbehinderten Kinder und Jugendlichen jedes Jahr beachtlich unterstützt.

Im Übrigen plant das IfH seine Aufgaben auf der Grundlage einer engen interdisziplinären Kooperation mit den medizinischen und technischen Fachdiensten; vor allem mit der HNO-UNI-Klinik Regensburg hat sich eine äußerst fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt.

Erwähnung sollten auch die zahlreichen partnerschaftlichen Kontakte mit ausländischen Schulen finden, insbesondere die im Zuge der Veränderungen in den osteuropäischen Ländern entstandenen (Sopron/Ungarn, Bratislava/Slowakei, Pilsen/Tschechei, Racibórz/Polen und Klausenburg/Rumänien). Schüler, Eltern und Mitarbeiter haben sich z. B. an einer sehr beachtenswerten Hilfsaktion in Rumänien beteiligt. Im Rahmen der Wiedervereinigung war das Institut auf seinem Fachgebiet außerdem aktiv am Entwicklungsprozess beteiligt.

Nach wie vor gehen richtungweisende Impulse und Innovationen von dieser niederbayerischen Bezirkseinrichtung aus, die helfen, hörgeschädigten Mitmenschen ihr schweres Schicksal zu erleichtern.

### Landwirtschaftliche Aus- und Fortbildung

Das Agrarbildungszentrum in Landshut-Schönbrunn, dessen Gründung auf das Jahr 1854 zurückgeht, zählt in Deutschland zu den ältesten Einrichtungen seiner Art. Schon mehrmals musste der Name dieser ganz auf die Praxis ausgerichteten Bildungsstätte den Veränderungen der Zeit angepasst werden: so wurde aus der Kreisackerbauschule die Ackerbauschule, und schließlich entwickelten sich daraus die Landwirtschaftlichen Lehranstalten bzw. das Agrarbildungszentrum Schönbrunn.

Der anhaltende Strukturwandel in der bäuerlichen Landwirtschaft führte bereits in der Mitte der 60er Jahre zur Auflösung der Ackerbauschule, der Keimzelle dieser traditionsreichen Bezirkseinrichtung. An ihre Stelle trat zunächst die Ingenieurschule und anschließend die Abteilung Landbau der Staatlichen Fachhochschule Weihenstephan. Zum Agrarbildungszentrum gehören heute der ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Lehrbetrieb, die Niederbayerische Lehr- und Versuchswirtschaft für Obstbau in Deutenkofen, die Landmaschinenschule, die Staatliche Technikerschule für Agrarwirtschaft mit der Fachrichtung ökologischer Landbau, die Staatliche Fachschule für Agrarwirtschaft mit den Fachrichtungen Gartenbau bzw. Garten- und Landschaftsbau sowie die Staatliche Fachoberschule für Agrarwirtschaft. Der Bezirk Niederbayern ist nicht nur Sachaufwandsträger der vorgenannten staatlichen Schulen, er unterhält darüber hinaus ein modernes Wohnheim samt großzügiger Sport- und Freizeitanlage.

Ein wichtiger Bestandteil des Agrarbildungszentrums Schönbrunn ist der neuerdings ökologisch geführte Landwirtschaftliche Lehrbetrieb. Er umfasst 18 ha Wald, 26 ha landwirtschaftliche Fläche, davon 21 ha Acker- und 5 ha Grünland. Als praktische Unterrichtsstätte stellt der Hof für die verschiedenen schulischen Einrichtungen eine wertvolle, ja unverzichtbare Ergänzung dar. Zum Agrarbildungszentrum gehört auch die Niederbayerische Lehr- und Versuchswirtschaft für Obstbau in Deutenkofen vor den Toren der Stadt Landshut. Die angelegten Obstkulturen sollen die neuesten Erkenntnisse für Kleingartenbesitzer, aber auch für fachspezifische Schulen verdeutlichen.

Den aktuellen Entwicklungen entsprechend führt die seit 1970 bestehende Landmaschinenschule eine gründliche landtechnische Ausbildung anhand der auf dem Markt angebotenen Maschinen und Geräte für die Landwirtschaft und den Gartenbau durch. Für den theoretischen Unterricht stehen zwei Lehrsäle zur Verfügung. In 10 heizbaren Übungshallen mit einer Fläche von insgesamt 3.150 qm und einer 1.250 qm großen Bodenhalle sowie einer eigenen Schweißhalle findet der praxisorientierte Unterricht statt. Der Einsatz der am Markt befindlichen Geräte kann auf einem 2 ha großen Versuchsfeld demonstriert werden. Gemäß den unterschiedlichen Zielgruppen, z. B. Schüler, die das Berufsgrundschuljahr absolvieren, Meisteranwärter bzw. Studenten, werden während des Jahres differenzierte Lehrgänge angeboten, die sich über einen Zeitraum von 1 Tag bis 14 Tagen erstrecken können. Überregionale Landmaschinenvorfürungen runden das Programm dieser letzten in der alleinigen Verantwortung des Bezirks betriebenen Schule ab.

Die im Jahr 1989 gegründete Staatliche Technikerschule für Agrarwirtschaft - Fachrichtung ökologischer Landbau hat den Auftrag, in ein bis zwei Schuljahren den Studierenden zum Techniker bzw. zur Technikerin heranzubilden. Schwerpunkt dieser ersten und bislang einzigen

Bildungseinrichtung im deutschen Sprachraum ist die praxisnahe Unterweisung, die auf dem eigenen Versuchsfeld bzw. dem auf ökologische Betriebsführung umgestellten Lehrgut stattfindet. Ergänzt wird dieses Ausbildungsangebot durch ein zweiwöchiges Berufspraktikum, durch praktische Arbeit in der Landschaftspflege und durch ausgewählte Exkursionen.

Die Fertigstellung des Neubaus der Staatlichen Fachschule für Agrarwirtschaft mit den Fachrichtungen Gartenbau sowie Garten- und Landschaftsbau markiert einen neuen Abschnitt in der langen wechselvollen Geschichte des Agrarbildungszentrums. Mit der Gründung dieser Einrichtung wurde 1990 zur Entlastung der Staatlichen Fachschule für Gartenbau und Weinbau in Veitshöchheim der stetig zunehmenden Bedeutung des Gartenbaus in Südbayern Rechnung getragen. Immerhin hat sich Niederbayern in den letzten 30 Jahren zum größten Feldgemüse-Anbaugbiet in Bayern entwickelt. Auch der Zierpflanzen- sowie der Garten- und Landschaftsbau können eine ähnliche erfreuliche Tendenz verzeichnen. Der Bezirk Niederbayern unterstreicht mit dem Neubau dieser Einrichtung seine Aufgeschlossenheit gegenüber allen "grünen" Berufszweigen. Im September 1994 wurde der Schulbetrieb, der ca. 100 angehenden Gärtnermeistern mit mehrjähriger Praxis in fünf Klassen eine vertiefte Fachbildung anbietet, aufgenommen. Neben den drei angegliederten Gewächshäusern kann zudem eine ca. 1 ha umfassende Freilandfläche mit Lebensbereichen für Stauden und Gehölze für Studienzwecke genutzt werden.

Die Staatliche Fachoberschule für Agrarwirtschaft mit den Ausbildungsschwerpunkten Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Ernährung und Umweltsicherung führt die Absolventen in einem Zeitraum von ein oder zwei Schuljahren zur "grünen" Fachhochschulreife. Die Schüler erhalten hier einen allgemeinen und fachbezogenen Unterricht sowie eine fachpraktische Ausbildung im jeweiligen Schwerpunkt ihrer Wahl. Die seit 1970 bestehende Schönbrunner Fachoberschule ist derzeit nur sehr unzulänglich untergebracht und soll im nächsten oder übernächsten Schuljahr endlich ihr neues Domizil beziehen können.

Darüber hinaus befindet sich seit 1992 im gründlich sanierten und modernisierten ehemaligen Ackerbauschulgebäude die Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Mit der Übernahme der Schulaufwandsträgerschaft der Staatlichen Berufsoberschule für Landwirtschaft setzte der Bezirkstag von Niederbayern weitere Akzente, die Schönbrunner Bildungsstätte für alle "grünen" Berufe zu öffnen.

Doch damit nicht genug: der Landkreis Landshut und der Bezirk Niederbayern errichten in Kürze in Schönbrunn gemeinsam einen neuen Schulkomplex, der künftig neben der Fachoberschule und Berufsoberschule auch dem unter der Schulaufwandsträgerschaft des Landkreises stehenden Staatlichen Berufsbildungszentrum für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Kinderpflege Platz bieten wird.

Der Bezirkstag von Niederbayern hat mit großem Engagement und erheblichen finanziellen Leistungen sein aktuelles Lehrangebot optimiert und ist dabei, die bestmöglichen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um ergänzend zu den verbliebenen landwirtschaftlichen Ausbildungsbereichen verwandte Ersatzeinrichtungen für Schönbrunn zu gewinnen. Zur Verdeutlichung: Nach dem Krieg hat der Bezirk bis zum Jahr 1984 in Schönbrunn rund 20 Millionen DM investiert; allein während der vergangenen zehn Jahre sind in die gleiche Einrichtung weitere 44 Millionen DM geflossen.

### Psychiatrische Versorgung

Die Zuständigkeit der Bezirke - früher Kreise genannt - für die heutigen psychiatrischen Kliniken geht auf ein von König Ludwig I. unterzeichnetes Gesetz aus dem Jahre 1837 zurück. Diese Pflichtaufgabe wurde in späteren Gesetzen verankert: 1852 im "Gesetz, die Landräthe betreffend", wie die Bezirkstage damals hießen, im Gesetz über die Selbstverwaltung aus dem Jahre 1919 sowie in der Kreisordnung von 1927 und schließlich mit der Wiedererrichtung der Bezirke im Jahre 1953 in der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern.

## *Bezirkskrankenhaus Mainkofen-Deggendorf*

Nachdem zunächst die 1869 erbaute Kreisirrenanstalt Deggendorf als geschlossene Einrichtung der Verwahrung und Betreuung von Geistes- und Nervenkranken gedient hatte, wurde 1911 die zeitgemäßere, beschäftigungs- und arbeitstherapeutisch orientierte Heil- und Pflegeanstalt Mainkofen eröffnet. Nach der Auflösung der Deggendorfer Anstalt im Jahr 1934 war das heutige Bezirkskrankenhaus Mainkofen - Deggendorf bis zur Inbetriebnahme des Bezirkskrankenhauses Landshut für die Gesamtversorgung der psychisch kranken und psychisch behinderten Mitmenschen Niederbayerns zuständig.

Die Vorteile der seinerzeit sehr modernen Pavillon-Bauweise in parkartiger Umgebung haben noch heute in der Psychiatrie Bestand. Der Wandel, den diese medizinische Fachdisziplin seither genommen hat, wird auch in der wechselnden Namensgebung ihrer Einrichtungen deutlich: Irrenanstalt, Heil- und Pflegeanstalt, Nervenkrankenhaus und zwischenzeitlich Bezirkskrankenhaus bzw. Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie. Es handelt sich dabei nach wie vor um die größte Einrichtung, die der Bezirk Niederbayern unterhält.

Heute präsentiert sich das Bezirkskrankenhaus Mainkofen als großzügig saniertes und mit modernster Medizintechnik ausgestattetes Klinikum für die Fachbereiche Psychiatrie und Neurologie. Neben der bestmöglichen Betreuung ihrer Patientinnen und Patienten ist es ein besonderes Anliegen der Verantwortlichen, die Psychiatrie transparenter zu gestalten und durch mehr Verständnis und bessere gesellschaftliche Akzeptanz der sozialen Integration psychisch Kranker den Weg zu ebnen; vor allem mit der Einstellung von qualifiziertem Fachpersonal soll einer humaneren Psychiatrie zum Durchbruch verholfen werden.

Der entscheidende Ansatzpunkt für eine zukunftsorientierte Verbesserung der psychiatrischen Versorgung ist jedoch die Abkehr von zentralen Großkrankenhäusern hin zu einem differenzierten Gesamtsystem auf der Grundlage einer heimatnahen klinischen Versorgung in Verbindung mit niedergelassenen Nervenärzten, teilstationären und stationären Einrichtungen sowie ergänzenden Diensten und Einrichtungen für die Vor- und Nachsorge der psychisch Kranken. Die Dauerhospitalisierung psychisch Kranker wird in Zukunft die Ausnahme darstellen. Bereits zu Beginn der ersten Wahlperiode des niederbayerischen Bezirkstages im Jahr 1954 waren im Bezirkskrankenhaus Mainkofen 860 Planbetten und 900 Patienten vorhanden, so dass zusätzlich Notbetten aufgestellt werden mussten. Aufgrund des 1952 in Kraft getretenen Verwahrungsgesetzes nahm die Patientenzahl weiterhin ständig zu, bis sie im Jahr 1972 mit 1.499 ihren Höchststand erreicht hatte. Dies hatte zur Folge, dass das Bezirkskrankenhaus bis zum heutigen Tag beinahe den Anschein einer immerwährenden Baustelle erweckt. Allein in den ersten 1 1/2 Jahrzehnten, also bis 1969 wurden neun Aufnahmehäuser mit einer Kapazität von 620 Betten und einem Aufwand von rund 10 Millionen DM gebaut. Die Kapazitätssteigerung auf 1.400 Planbetten zuzüglich einer Kinderabteilung mit 40 Betten zog in den 70er Jahren insbesondere die Anpassung der Versorgungseinrichtungen nach sich. Trotz aller Bemühungen und Investitionen in Höhe von rund 43,5 Millionen DM bereitete das durch den sukzessiven Ausbau allmählich entstandene Großkrankenhaus zunehmend Sorgen. Chronischer Ärztemangel - in den schlechtesten Zeiten standen für 1.400 Patienten lediglich 7 Ärzte mit einem Durchschnittsalter von 58 Jahren zur Verfügung - und eine überholte bauliche Konzeption ließen nur mehr eine Verwahrung der psychisch Kranken zu.

Spätestens mit dem Erscheinen der "Psychiatrie-Enquete" aus dem Jahr 1972 und des "Ersten bayer. Landesplanes zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter" von 1980 - inzwischen liegt bereits als Fortschreibung die zweite Fassung vor - befindet sich die Psychiatrie im Umbruch. Seither bemühte sich der Bezirkstag von Niederbayern insbesondere durch Reduzierung der Patientenzahlen (Gesundschumpfung!) die Voraussetzungen für die systematische Modernisierung, Sanierung und Erweiterung der baulichen Anlagen des Bezirkskrankenhauses zu schaffen. Mit der Einstellung von qualifizierten Fachkräften konnten die personellen Verhältnisse zunehmend an diejenigen einer somatischen Klinik angeglichen werden. Schließlich machte sich die in den Jahren 1982/83 erfolgte Umstellung auf therapiegerechte Organisationsformen und neue Leitungsstrukturen positiv bemerkbar, allem voran die Umgestaltung der Leitung des Krankenhauses und Ernennung eines eigenen Chefarztes des medizinischen Bereichs Psychiatrie.

Mit der Beseitigung des Ärztemangels war es dem Bezirkstag von Niederbayern möglich, durch intensive Betreuung und fortschrittliche Therapien die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der psychiatrischen Klinik des Bezirkskrankenhauses Mainkofen in den letzten Jahren um rund ein Drittel zu verkürzen und beinahe lautlos von der bis in die 60er Jahre praktizierten Verwahrung weg zur Akutpsychiatrie zu kommen. Dazu gehört auch die Errichtung der ersten Neurologischen Klinik Niederbayerns beim Bezirkskrankenhaus Mainkofen für 58 Patienten, einer Neuroradiologischen Abteilung sowie einer eigenen Krankenhausapotheke und der Neubau einer Psychiatrischen Aufnahmeklinik mit 40 Betten in der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Als sichtbares Zeichen der zunehmenden Differenzierung und Spezialisierung innerhalb der Psychiatrischen Klinik wertet der Bezirk auch die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes des Gerontopsychiatrischen Zentrums. Obwohl seit langem wissenschaftlich bekannt, wurden erst deutlich später kritische Stimmen laut, die eine Änderung auch im Langzeit- oder/und Pflegebereich forderten. Hospitalismus wurde zum Schlagwort, das auch bei Laien Eingang fand. Während die Unterbringung und die therapeutischen Möglichkeiten bei (Akut-) Behandlungspatienten in der Psychiatrie einen immer höheren Standard erreichten, schienen die Pflegefälle vergessen zu sein. Inzwischen sind Enthospitalisierungsüberlegungen bis hin zur konzeptionellen Fassung vorhanden und warten auf ihre Realisierung. Auch diesbezüglich wurden in der Psychiatrischen Klinik des Bezirkskrankenhauses Mainkofen bereits erste entscheidende Schritte getätigt, indem Stationen für Mittel- und Langzeitpatienten sowohl baulich als auch funktionell umgewandelt wurden.

Die psychiatrischen Langzeitpatienten (Pflegefälle) in den Bezirkskrankenhäusern sollen in den nächsten 5 Jahren (bis Ende 1998) auf die Hälfte des Standes von 1993 vermindert werden. Bis in 10 Jahren soll der Anteil der Langzeitpatienten, die in den Bezirkskrankenhäusern leben, nur noch max. 0,05 o/oo der Bevölkerung, d. h. 50 Patienten in Niederbayern betragen. Diese Menschen sollen in komplementäre Strukturen überführt werden. Soweit die Entlassung nach Hause mit Betreuung durch Tagkliniken, Ambulanzen oder sozialpsychiatrische Dienste bzw. in therapeutischen Wohngemeinschaften nicht möglich ist, muss die Unterbringung in einem Pflegeheim erfolgen.

Unabdinglich für die Realisierung von klinischen Funktionsabläufen nach modernen psychiatrie-wissenschaftlichen Erkenntnissen sind entsprechende bauliche Voraussetzungen. Der Bezirk Niederbayern hat in dieser Beziehung für die Psychiatrische Klinik des Bezirkskrankenhauses Mainkofen in den letzten 40 Jahren Vorbildliches geleistet. Durch die planmäßige Sanierung von verschiedenen Akut- und Langzeitpflegestationen konnte die Bettenzahl im Durchschnitt jeweils halbiert werden. Wesentlich war es, mit der baulichen Erneuerung gleichzeitig auch ein modernes therapeutisches Konzept voranzubringen und somit konsequent schrittweise den Weg von der Anstalts- zur Klinikpsychiatrie zu gehen.

Als ein weiterer wesentlicher Teilaspekt kann die räumliche Trennung der nach dem Strafrecht Untergebrachten von den übrigen Patienten gewertet werden. Sowohl für die nach § 63 StGB als auch für die aufgrund von Suchtdelikten nach § 64 StGB untergebrachten Patienten konnten Abteilungen saniert und auf einen menschenwürdigen Standard angehoben werden. Die Unterbringung dieser Klientel und die Separierung von den übrigen Kranken im Bezirkskrankenhaus Mainkofen darf als richtungweisend bezeichnet werden.

Durch Umbau und Sanierung des Diagnostikzentrums, in dem sich neben der Neuroradiologie und der Neurophysiologie das hochmoderne klinisch-chemische Labor befindet, wurden auch für die Psychiatrie unabdingbare Voraussetzungen für verbesserte und nach dem modernsten Kenntnisstand durchführbare diagnostische Maßnahmen geschaffen.

Da, wie ausgeführt, mit der Sanierung jeder Krankenstation etwa 50 % der Betten verlorengehen, hätten die durch den Bezirk Niederbayern erfreulicherweise intensiv geförderten Baumaßnahmen nicht mehr fortgesetzt werden können, wenn sich der Bezirkstag nicht rasch entschlossen hätte, eine Fertigteil- oder Interimsklinik zu errichten. Somit stehen seit 1991 zusätzlich zwei Stationen mit insgesamt 72 Betten in hellen, gut ausgestatteten und voll funktionsfähigen Räumen zur Verfügung. Mit dem ebenfalls aus zwei Stationen bestehenden 40-Betten-Langzeitpflegehaus, das



im August 1991 seiner Funktion übergeben wurde, bieten sich erstmals alle Möglichkeiten, chronisch psychisch Kranke so unterzubringen, dass sie wieder einen eigenen Lebensraum erarbeiten können.

Im Herbst 1992 konnte die Neurologische Frührehabilitation mit 30 vollstationären Betten in Betrieb gehen. Im Anschluss an die Intensivbehandlung, die regelmäßig auf neurochirurgischen und neurologischen Intensivstationen erfolgt, werden hier - speziell für Schädel-Hirn-Verletzte und Schlaganfallpatienten - die notwendigen RehaMaßnahmen mit dem Ziel des Wiederaufbaus motorischer, sensorischer und kognitiver Funktionen durchgeführt. Mit der Eröffnung des Frühreha-Zentrums wurde eine riesige Lücke in unserem Versorgungssystem geschlossen, die häufig mangels ausreichender Maßnahmen den Tod oder lebenslange Pflegebedürftigkeit zur Folge hatten. Zu Beginn des Jahres 1995 soll die Einrichtung mit 20 Tagklinikbetten komplettiert werden. Ferner ist der Bau eines Heimes für "zustandserhaltende Pflege" für diejenigen Patienten geplant, die nicht mehr rehabilitationsfähig sind.

Durch den Anfang 1994 fertiggestellten Neubau eines Zentrums für Arbeits-, Beschäftigungs-, Musik- und Bewegungstherapie wurde ein wesentlicher Baustein in der Behandlung psychiatrischer Patienten buchstäblich aus dem Keller geholt. Was bislang notdürftig in mehr oder weniger ausgebauten Kellerräumen stattfand, wurde jetzt mit dem hellen und freundlichen Neubau des Therapiegebäudes "ans Licht gebracht". Von den zur Verfügung stehenden 210 modernen Therapieplätzen befinden sich 40 in der industriellen Fertigung, 120 in der handwerklichen Arbeitstherapie und 50 in der Beschäftigungstherapie.

Mit dem seit der Jahreswende 1993/94 in Betrieb befindlichen neuen Suchtbereich wurde eine optimale Behandlungsmöglichkeit für Alkohol- und Drogensüchtige geschaffen. Im Hinblick auf die stetig wachsende Zahl von Abhängigkeitserkrankungen zeichnet sich überdies ab, dass außerdem ein Haus für den niederschweligen Drogenentzug vonnöten wäre.

Die im Jahr 1986 modernisierte Forensische Klinik Mainkofen platzt beinahe aus allen Nähten. Eine Hauptursache ist die zunehmende Tendenz der Gerichte, Straftäter einer psychiatrischen Behandlung zuzuführen. Das Bestreben des Bezirkstages geht dahin, eines der durch die Auslagerung von psychiatrischen Langzeitpatienten frei werdenden Pflegehäuser in den forensischen Bereich zu überführen. Gedacht ist hier an die Unterbringung von Patienten, die sich für einen lockeren Vollzug eignen.

Abschließend ist zu bemerken, dass sämtliche in Passau entstehenden stationären Psychatriebetten eine entsprechende Verminderung der Behandlungsbetten beim Bezirkskrankenhaus Mainkofen zur Folge haben werden. Derzeit werden Überlegungen angestellt, wie mit einem ersten Schritt zunächst zumindest der Bedarf an Tagklinikplätzen und die erforderlichen Akutbetten zur Krisenintervention für das dritte Versorgungsgebiet in Niederbayern abgedeckt werden könnte.

#### *Bezirkskrankenhaus Landshut*

Mit voraussichtlichen Gesamtinvestitionskosten von 130 Millionen DM (einschließlich Grunderwerb) errichtet der Bezirk Niederbayern derzeit in Landshut ein neues Bezirkskrankenhaus. Nach Beendigung der im Frühsommer 1990 begonnenen und voraussichtlich im Frühjahr 1995 fertiggestellten Baumaßnahme umfasst die neue Bezirkseinrichtung eine Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie mit 210 Betten und 20 Tagklinikplätzen sowie eine Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -Psychotherapie mit 28 Betten, 8 Tagklinikplätzen sowie eine Schule für Kranke. Beide Kliniken betreiben des weiteren eine Institutsambulanz. Die 126 Betten und 28 Tagesklinikplätze des ersten Bauabschnitts sind bereits seit dem 15.08.93 stufenweise in Betrieb gegangen. Im zweiten Bauabschnitt der Erwachsenenpsychiatrie entstehen derzeit mit einem Kostenaufwand von ca. 30 Millionen DM weitere 84 Betten sowie eine arbeitstherapeutische Einrichtung zur Rehabilitationsabklärung.

Das Bezirkskrankenhaus wird im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Stadt Landshut in den medizinischen und medizintechnischen Bereichen sowie hinsichtlich der Ver- und Entsorgungsleistungen vom unmittelbar benachbarten Städtischen Klinikum mitversorgt und übernimmt seinerseits die psychiatrischen Konsiliarversorgung des Klinikums und der benachbarten Kreiskrankenhäuser.

Der Versorgungsauftrag der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Bezirkskrankenhauses erstreckt sich auf den gesamten Bezirk Niederbayern. Die Erwachsenenpsychiatrie wird in ihrem Endausbau für die Stadt Landshut sowie die Landkreise Landshut, Kelheim und Dingolfing-Landau für die gemeindenahere Versorgung von ca. 360.000 Einwohnern zuständig sein. Gleichzeitig trägt das Bezirkskrankenhaus durch eine enge Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten, Hilfsvereinen und freien gemeinnützigen Trägern anderer komplementärer Einrichtungen zum weiteren Ausbau des gemeindepsychiatrischen Verbundes bei. Es setzt damit die Ziele des 2. Bayer. Landesplanes zur Versorgung psychisch Kranker und Behinderter konsequent um.

### *Bezirkskrankenhaus Straubing*

Die Errichtung der Forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing geht auf jahrzehntelange Bemühungen der Bezirke zurück, die Voraussetzungen für eine zeitgemäße humane Betreuung und Behandlung psychisch kranker Rechtsbrecher zu schaffen. Der erhoffte Entlastungseffekt dieser niederbayerischen Modelleinrichtung wurde jedoch nur kurzfristig wirksam, weil das 50-Millionen-DM-Projekt lediglich im Anfangsstadium den Bedarf an zusätzlichen Behandlungsplätzen in den übrigen Bezirkskrankenhäusern abdecken konnte. Seither ist nämlich ein permanenter Anstieg von gerichtlichen Einweisungen zu verzeichnen.

Die Inbetriebnahme dieses bayerischen Zentralklinikums durch den Bezirk Niederbayern im Jahr 1990 markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung einer der schwierigsten medizinischen Fachdisziplinen. Rund 50 Psychiater, Psychologen, Juristen und Mediziner aus dem In- und Ausland stellten als Fazit des "3. Straubinger Expertengesprächs" über den Maßregelvollzug im Juni 1994 fest, dass das Bezirkskrankenhaus Straubing national und international neue Maßstäbe in der forensischen Psychiatrie gesetzt habe. Das nach dem Grundsatz "größtmögliche Freiheit nach innen - größtmögliche Sicherheit nach außen" betriebene Bezirkskrankenhaus Straubing bietet 200 krisensichere Arbeitsplätze und erfreut sich einer erstaunlichen Akzeptanz in der Straubinger Bürgerschaft.

Die mit ausschließlich männlichen Patienten praktisch ganzjährig zu 100 % belegten 136 Behandlungsbetten in Einzelzimmern bieten bei einem großzügigen Angebot von Gruppenräumen usw. geradezu ideale Voraussetzungen für Milieu- und Sozialtherapie. Arbeit, Schule, Sport und Freizeit sind wichtige Bestandteile des gesamten Behandlungsplanes mit erfolgversprechenden Perspektiven für kürzere Unterbringungszeiten. Positiv zu vermerken ist auch, dass sich die Arbeitstherapie in großen Teilen wirtschaftlich selbst trägt. Rund 90 % der laufenden Betriebskosten können derzeit über Einnahmen aus Aufträgen gedeckt werden.

### *Ambulante Versorgung*

Den Empfehlungen des Planungs- und Koordinierungsausschusses folgend hat der Bezirk Niederbayern, der seit 01.01.1993 auch für die ambulante Versorgung psychisch Kranker gesetzlich zuständig ist, bereits eine Reihe zukunftsweisender Entscheidungen getroffen. Als Beispiel sei die seit 1992 erfolgte Gründung von vier neuen Sozialpsychiatrischen Diensten in Straubing, Regen, Kelheim und Pfarrkirchen genannt. Durch deren Angebote konnten im Gegenzug die seit anfangs der Achtziger Jahre bestehenden Sozialpsychiatrischen Dienste in Landshut, Passau und Plattling wirksam entlastet werden.

Auch die Errichtung von Wohngemeinschaften für psychisch Kranke und Behinderte wurde insbesondere durch Ausweitung der Bezirksförderung maßgeblich vorangebracht. Ferner sollen parallel zum Abbau des Langzeitpflegebereiches im Bezirkskrankenhaus Mainkofen gemeindenahere Wohn- und Pflegeheimplätze in kleinen Einheiten entstehen. Hier zeichnen sich

bereits die gewünschten Erfolge ab. Gerade im Bereich "betreutes Wohnen" sind diese Maßnahmen auch für Patienten des Bezirkskrankenhauses Landshut von Bedeutung, die eine "Nachversorgung" benötigen; dasselbe gilt für Personen, für die durch Inanspruchnahme der Angebote eine stationäre Behandlung entbehrlich wird.

Der Haushaltsansatz für die ambulant-komplementäre psychiatrische Versorgung beträgt im Jahr 1994 2,2 Millionen DM. Dies entspricht einem Betrag von 2,-- DM pro Einwohner; für die Zukunft wird ein Bedarf von 4,-- DM prognostiziert.

Der im Jahr 1990 erschienene Zweite Bayer. Landesplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter brachte die Psychiatriereform weiter voran. Als zu groß für die ambulante Versorgung der Bevölkerung hatten sich die zunächst gebildeten drei Versorgungsgebiete Landshut, Straubing und Passau erwiesen. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte den Erfordernissen eher entsprechen. Darüber hinaus wurden die Grundsätze des Bayer. Psychiatrieplanes wie folgt konkretisiert:

- Gleichstellung psychisch Kranker mit körperlich Kranken
- ganzheitlicher Ansatz der Hilfen
- gemeindenaher Versorgung
- Verstärkung der Prävention
- Ausweitung der ambulanten und teilstationären Versorgung
- Verbesserung der Koordinierung und Zusammenarbeit

Daraus ergeben sich umfangreiche Aufgaben, deren Bewältigung sich der am 21.05.1991 gegründete Planungs- und Koordinierungsausschuss für den Regierungsbezirk Niederbayern zum Ziel gesetzt hat. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Bezirkstagspräsident, die Geschäftsführung ist der Hauptverwaltung des Bezirks Niederbayern angegliedert.

In den ersten zwei Jahren war das Gremium vorrangig mit der Bestandsaufnahme bereits bestehender Einrichtungen und Dienste der ambulanten und komplementären Versorgung psychisch Kranker und Behinderter und einer darauf aufbauenden Bedarfsermittlung befasst. Der "Bedarfsplan für die Versorgung psychisch Kranker in Niederbayern" vom 10.11.1993 zeigt bestehende Versorgungslücken auf und enthält Vorgaben für die Weiterentwicklung der Angebote innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes.

### Soziale Sicherung

Neben der eingangs dargestellten Trägerschaft von Fach- und Sonderschulen sowie der Zuständigkeit für die psychiatrische Versorgung der niederbayerischen Bevölkerung, zählen die Hilfen in besonderen Lebenslagen, nämlich die Eingliederungshilfe und die Hilfe zur Pflege, seit jeher zu den kostenintensivsten Aufgaben des Bezirks im Rahmen der Sozialhilfe. Bereits 1954 betrug das Haushaltsvolumen des vormaligen Landesfürsorgeverbandes 7.665.000,-- DM.

Im Jahr 1960 sah sich der Bezirkstag von Niederbayern veranlasst, auf seine überdurchschnittlich hohe Fürsorge- bzw. Sozialhilfebelastung und die daraus resultierende ausweglos erscheinende Haushaltssituation zu verweisen. 1963 endlich konnte durch die Einbeziehung der Bezirke in den innerbayerischen Finanzausgleich eine Ausgleichszahlung für die über dem Landesdurchschnitt liegende Nettosozialhilfebelastung errungen werden. Dieser Ausgleich war zwar eine große Hilfe, reichte aber keineswegs zur Deckung der durch Zuweisung immer neuer Aufgaben an die überörtlichen Sozialhilfeträger nach dem Bundessozialhilfegesetz entstehenden Mehrbelastungen aus.

Die Entwicklung der Ausgaben der letzten 10 Jahre spiegelt die Bedeutung dieser Hilfearten wieder:

1984

1994

Eingliederungshilfe:	28,9 Mio	89,5 Mio
Hilfe zur Pflege:	52,2 Mio	142,6 Mio

Um diese außerordentlich hohen Belastungen bewältigen zu können, war nicht nur der Staat über den Finanzausgleich gefordert, sondern es musste auch die Bezirksumlage für 1994 kräftig auf 22,8 Prozentpunkte angehoben werden.

Durch das Pflegeversicherungsgesetz vom 26.05.1994 wird eine spürbare Entlastung der Bezirke ab 01.07.1996 erwartet. Die Höhe der voraussichtlichen Einsparungen kann wegen einer Vielzahl von Unwägbarkeiten zur Zeit nicht vorausgesagt werden.

- So kann nicht beurteilt werden, wie sich die Anhebung der häuslichen Pflegebeträge auf die Bereitschaft der Pflegepersonen auswirken wird, Angehörige länger zu Hause zu pflegen bzw. wegen des Pflegegeldes eine Arbeit aufzugeben.
- Es kann auch nicht gesagt werden, in welchem Maße es den Pflegekassen gelingen wird, den Auftrag des Gesetzgebers zu verwirklichen, wonach häusliche Pflege vorrangig zu erbringen und darauf hinzuwirken ist, die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn zu unterstützen mit dem Ziel, die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung belassen zu können.
- Nachdem jedoch nur die pflegebedingten Aufwendungen erstattet werden und die verbleibenden sogenannten "Hotelkosten", also die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, nach wie vor vom Heimbewohner selbst zu bezahlen sind, werden auch künftig bei den relativ niedrigen Renten der niederbayerischen Bevölkerung viele ältere Mitbürger noch auf Sozialhilfe angewiesen sein.
- Überdies fehlen Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang geringe monatliche Fehlbeträge unter Umständen freiwillig - ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe - von Unterhaltspflichtigen übernommen werden.
- Zudem ist nicht bekannt, mit welchen Kürzungen beim staatlichen Finanzausgleich gerechnet werden muss, nachdem den Ländern die Investitionsförderung mit der Maßgabe übertragen wurde, hierfür die Einsparungen einzusetzen, die bei den Trägern der Sozialhilfe durch die Einführung der Pflegeversicherung entstehen.
- Unklar ist ferner, wie die Pflegekassen die Einstufungen in die einzelnen Pflegeklassen vornehmen werden. Bei zu niedriger Einstufung wird auch weiterhin die Sozialverwaltung des Bezirks gefordert sein.

Am 01.11.93 trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Danach erhalten Asylbewerber durch die Landratsämter und kreisfreien Städte Leistungen direkt vom Staat. Für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und für geduldete Asylbewerber hatten im Rahmen der Delegation die örtlichen Sozialhilfeträger zu sorgen. Die Ausgaben werden im Finanzausgleich berücksichtigt.

Auch in der vorbeugenden Gesundheitshilfe, bei der Durchführung von Heilbehandlungen und Wiedereingliederung von Behinderten in unsere Gesellschaft, ist der Bezirk aktiv. Er fördert außerdem die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände, den Bau von Werkstätten und Wohnheimen für Behinderte, sozialpsychiatrische Dienste sowie psychosoziale Beratungsstellen.

Mit 346,13 Millionen DM, also rund 87 %, beanspruchen die Kosten der "Sozialen Sicherung" den Löwenanteil des Kameralhaushalts 1994. Um den Bürger auch in ungewöhnlichen Notsituationen menschenwürdige Lebensverhältnisse sichern zu helfen, ist der Bezirk als Träger der überörtlichen Sozialhilfe in Niederbayern ferner für die geistig, seelisch sowie körperlich Behinderten und Kranken zuständig, also jene Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Auch in der vorbeugenden Gesundheitshilfe, bei der Durchführung von Heilbehandlungen und Wiedereingliederung von Behinderten in unsere Gesellschaft ist der Bezirk aktiv. Er unterstützt außerdem die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände sozialpsychiatrische Dienste sowie psychosoziale Beratungsstellen.

Alljährlich werden mit der Unterstützung des Bezirkstages von Niederbayern 80 bis 100 neue Werkstattplätze sowie rund 50 - 80 Wohnheimplätze errichtet. Ende 1994 stehen somit in Niederbayern rund 2.500 Beschützte Werkstattplätze zur Verfügung.

### Förderung der Fischerei

Wenn von traditionellen Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis des Bezirks gesprochen wird, so zählt dazu auch die Förderung der Fischerei, deren Belange seit nunmehr 84 Jahren von der eigens dafür geschaffenen Fachberatung für Fischerei des Bezirks Niederbayern wahrgenommen werden. Die Mitarbeiter der Fachberatung für Fischerei wirken von Anfang an im Rahmen ihrer Zuständigkeiten beim Vollzug der einschlägigen Gesetze in allen die Gewässer berührenden Fragenkomplexen als Gutachter und Sachverständiger mit. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die natürliche Vielfalt der Gewässer und der darin lebenden Tierwelt trotz fortschreitender Industrialisierung unseres Bezirks erhalten werden konnte. In den niederbayerischen Bächen und Flüssen sind bis heute alle ursprünglich vorkommenden Fischarten vorhanden, wenn auch lokal ihr Rückgang zu verzeichnen ist.

Die Mitwirkung beim Vollzug aller einschlägigen Gesetze geht Hand in Hand mit einer verantwortungsvollen und praxisbezogenen Beratungstätigkeit. Seit Ende der 70er Jahre wurden die Aktivitäten des Bezirks durch praxisorientierte Initiativen verstärkt. Im Jahr 1982 errichtete der Bezirk Niederbayern unter der Federführung von Fischereidirektor Dr. Alexander Harsányi im Bayer. Wald in Lindbergmühle bei Zwiesel einen Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetrieb. Die Aufgabenstellung dieses Betriebes lautet, als praktische Objektstudie allen an der Fischerei Interessierten zu dienen und dabei durch eine praxisorientierte Versuchstätigkeit zur Weiterentwicklung der niederbayerischen Fischerei beizutragen. Betriebsleiter Aschenbrenner konnte seit Inbetriebnahme der Anlage alljährlich ca. 3.000 - 5.000 Besucher aus den Bereichen der Angelfischerei, Teichwirtschaft und der Verwaltung begrüßen. Die im Lehrbetrieb regelmäßig stattfindenden Fischräucherkurse, Gewässerwartekurse und Vortragsveranstaltungen erfreuen sich regen Interesses.

Da die zahlreichen einheimischen Fischarten immer mehr vom Aussterben bedroht sind, hat der Bezirk Niederbayern seit 1988 den Artenschutz als eine wichtige Aufgabe in sein Programm aufgenommen und dafür einen Fachmann eingestellt. In den darauffolgenden Jahren wurden mehr als 500 Gewässer auf den vorhandenen Fischbestand untersucht und entsprechende Schutzmaßnahmen vorgeschlagen bzw. - wo möglich - eingeleitet.

Im Jahr 1992 konnte schließlich die auf Wunsch der niederbayerischen Fischerei im Interesse des Artenschutzes liegende Erweiterung des Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetriebes abgeschlossen werden. Die neu geschaffenen Teiche und Einrichtungen dienen der Vermehrung von in ihrem Bestand bedrohten Fischarten wie Rutte, Barbe, Nase, Huchen, Perlmuschel. Die erzeugten Satzische werden den Fischereiberechtigten als Besatzmaterial für ihre Gewässer zur Verfügung gestellt. Obwohl diese Tätigkeit aus Kostengründen von der Privatwirtschaft bisher nicht erbracht wurde, wird der bezirkseigene Lehrbetrieb mit Rücksicht auf die vorhandenen Betriebe so geführt, dass er für sie keine Konkurrenz darstellt. Trotzdem arbeitet er - so wie geplant - nahezu kostendeckend, also ohne nennenswerte finanzielle Belastung des Bezirkshaushaltes.

### Gewässer II. Ordnung

Im Rahmen der Selbstverwaltung ist der Bezirk Niederbayern für die Unterhaltung und den Ausbau einer Strecke von derzeit 515 km Gewässern II. Ordnung zuständig. Die Abwicklung des Unterhalts erfolgt durch die staatliche Wasserbauverwaltung. Auch die dabei anfallenden Kosten stiegen im Vergleich zu den Vorjahren überproportional an. Während die Aufwendungen vor 1964 noch bei jährlich 400.000 DM lagen, betragen sie in den letzten 10 Jahren insgesamt 18,9 Millionen DM.

## Kultur- und Heimatpflege

Bereits 1956 bestellte der Bezirkstag von Niederbayern mit Dr. Hans Bleibrunner einen hauptamtlichen Bezirksheimatpfleger, der es sich - lange bevor das Denkmalschutzgesetz verabschiedet war - zur Aufgabe machte, die Sanierung abgewürdigter Sakral- und Profandenkmäler in Niederbayern in Angriff zu nehmen. So wurden in den zurückliegenden 4 Jahrzehnten zahlreiche Maßnahmen von großer bau- und kulturgeschichtlicher Bedeutung für Niederbayern durchgeführt. Stellvertretend für die Vielzahl der Projekte sei in diesem Zusammenhang erinnert an die Sanierung des gotischen Herzogsschlusses in Dingolfing und dessen Rückführung in öffentlichen Besitz, die Gesamtinstandsetzung der ehemaligen Jesuitenkirche in Landshut, die Übergabe des im Bezirkseigentum befindlichen Römerkastells Boiotro in Passau und die von 1983 bis 1993 erfolgte Substanzsanierung des 1025 erbauten Schlosses Neuburg am Inn, einer der fünf landesherrlichen Burgen Niederbayerns. Bezirksheimatpfleger Dr. Bleibrunner hat sich auch durch seine ausgedehnte publizistische Tätigkeit einen Namen gemacht; als bekanntestes seiner Bücher sei das zweibändige, 1993 in dritter Auflage erschienene Werk, "Niederbayern - Kulturgeschichte des bayerischen Unterlandes", genannt.

1988 wurde mit dem Volkskundler und Musikwissenschaftler Max Seefelder M. A. ein zweiter Bezirksheimatpfleger bestellt und der Wirkungsbereich der Heimatpflege um die Erforschung, Dokumentation und Pflege traditioneller Volkskultur erweitert.

Ab 1989 konnte durch die Beschäftigung eines weiteren Musikwissenschaftlers, und zwar zunächst als ABM-Kraft und seit 1.4.1993 als Musikreferent fest angestellt, der Grundstock für das "Volkskulturarchiv des Bezirks Niederbayern" gelegt werden. Die sich laufend erweiternden Bestände umfassen Material zu verschiedenen Bereichen der Volkskultur; der Schwerpunkt liegt mit etwa 90% des Bestandes bei der Volksmusik bzw. der volksläufigen Musikausübung. Mit ca. 4.500 Archivsignaturen sind vokale und instrumentale Musikhandschriften und -drucke aus Niederbayern besonders stark vertreten. Sie enthalten mittlerweile weit über 100.000 Instrumentalmelodien; ein laufend ergänztes EDV-Register der Liedanfänge aus handschriftlicher Überlieferung zählt derzeit ca. 19.000 Einträge. Das Notenarchiv dient als Anlaufstelle für Sänger und Musikanten, die sich für Musik regionaler Herkunft interessieren.

Neben der Erfüllung individueller Wünsche werden aus dem gesammelten Material auch gedruckte Veröffentlichungen zusammengestellt. Sie erscheinen im Rahmen der Veröffentlichungsreihe "Materialien zur musikalischen Volkskultur in Niederbayern", deren 4. Band demnächst vorgestellt werden kann; ein fünfter ist in Vorbereitung.

Auch für den Bereich des Laienspiels wird Anfang 1995 eine Veröffentlichungsreihe mit neuen Theaterstücken aus Niederbayern begonnen. Das erste Stück ist bereits geschrieben, wird am 5. November 1994 uraufgeführt und nach der Premiere veröffentlicht. Bereits im Druck befindet sich eine Dokumentation mit dem Titel "Laienspiel in Niederbayern". Sie stellt die Aktivitäten und das Repertoire von gut 100 Lientheatergruppen in Wort und Bild vor und umfasst eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Laienspiels.

Parallel dazu sind weitere Vorhaben in Arbeit: das eine zum Thema "Bauen im ländlichen Raum", ein anderes über Kostümkundliches im Rahmen der Trachtenerneuerung. Geplant ist ferner eine in halb- oder ganzjährigem Turnus erscheinende Informationszeitschrift des Kulturreferats, die sowohl kulturgeschichtliche Themen behandelt, als auch Einblick in abgeschlossene und laufende Maßnahmen der Heimatpflege gewährt.

Von Seiten des Kulturreferats erscheinen, als Ergebnisse der verschiedenen kulturhistorischen Forschungen, auch häufig Fachbeiträge in überregionalen Zeitschriften und wissenschaftlichen Publikationen. Die Gesamtzahl bewegt sich derzeit bei 80 solcher Veröffentlichungen.

Einen Großteil der Tätigkeiten bildet die individuelle Betreuung von Ratsuchenden; sie geschieht im Gegensatz zu den öffentlichen Maßnahmen als Serviceleistung fast ausschließlich im Hintergrund, verursacht aber viel Arbeit: Beratung aller möglichen Musik- und Laienspielgruppen, Vereine und Kulturreferatier per Brief, Telefon, im Gespräch oder vor Ort, schriftliche

Stellungnahmen bis hin zu umfangreichen Gutachten im Bereich der gesamten Heimatpflege, Hilfe für Forscher bei der Quellensuche, Bau- und Denkmalpflegeberatung mit eingeschlossen.

Zeitaufwendig sind auch Befragungen von Gewährspersonen im Rahmen der Feldforschung sowie die Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse.

In den Arbeitsfeldern Laienspiel, Mundart und regionale Literatur, Kostümkunde/Trachten und Volksmusik finden regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen statt. Bisher konnten etwa 50 Lehrgänge und Seminare abgehalten werden. In den Bereichen Kostümkunde und Volksmusikforschung wurden zusätzlich vier Ausstellungen präsentiert. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch eine umfangreiche Vortragstätigkeit bei Vereinen, auf Fortbildungsveranstaltungen anderer Träger und anlässlich wissenschaftlicher Tagungen in Bayern, Österreich und Südtirol.

Der Vermittlung regionaler Kulturgeschichte und volkskundlicher Phänomene in unterhaltsamer Form dienen öffentliche Veranstaltungen, die mehrmals jährlich an verschiedenen Orten Niederbayerns auf die Bühne gestellt werden. Sie fanden bisher selbst bei kritischen Rezensenten ein positives Echo; Mitschnitte durch den Bayerischen Rundfunk multiplizieren die Kulturarbeit des Bezirks. In vergleichbarer Form wurden außerdem bisher 20 einstündige Hörbilder des Bezirksheimatpflegers im BR-Studio aufgenommen und bayernweit ausgestrahlt.

Neben all dem Genannten führt die Denkmalpflege, die, wie bereits erwähnt, beim Bezirk eine fast vierzigjährige Tradition hat, kein Schattendasein. Der Löwenanteil der Mittel des Kulturreferats kommt nach wie vor der Bewahrung der niederbayerischen Baukultur zugute, und zwar so, dass jeder Antragsteller auch einen effektiven Nutzen davon hat. Circa 180 denkmalpflegerische Maßnahmen sind alljährlich zu bearbeiten. Darunter fallen im Jahresschnitt auch 25 Sondermaßnahmen größeren Umfangs, die sich, aufgeteilt in einzelne Bauabschnitte, über mehrere Jahre erstrecken. Neben der Sachbearbeitung gilt es ferner, bei vielen Ortsterminen in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit Eigentümern und beteiligten Fachbehörden Finanzierungs- und Sanierungskonzepte zu entwickeln, die eine erfolgreiche Durchführung der jeweiligen Baumaßnahme gewährleisten. Dass von seiten der Heimatpflege des Bezirks auch einzelne Projekte vorbereitet und federführend betreut werden, zeigt u. a. die derzeit anlaufende Substanzsanierung der Alten Pfarrkirche in Bad Gögging, die als Prähistorisches Museum in einem zweiten Bauabschnitt ihre konzeptionelle Erweiterung mit optimierten Präsentationsmöglichkeiten erfahren soll.

Nach dem Ausscheiden von Dr. Bleibrunner im Herbst 1992 bewältigt das Kulturreferat seinen Aufgabenkatalog mit drei hauptamtlichen Kräften. Neben dem Bezirksheimatpfleger und dem Musikreferenten ist seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Mitarbeiterin tätig. Ehrenamtlich wirken eine Laienspiel- und zwei Trachtenberaterinnen.

Auch ein so traditionsverhafteter Bereich wie die Heimatpflege kommt heute kaum noch ohne moderne technische Hilfsmittel aus. Das mit den Zuschüssen in der Denkmalpflege verbundene Rechnungswesen und die Datenflut im Volkskulturarchiv erforderten den Anschluss an die hauseigene Rechneranlage. Die Umstellung auf EDV erfolgte schrittweise in den Jahren 1989-1991.

### *Freilichtmuseen*

Zur Bewahrung des jahrhundertealten bäuerlichen Kulturgutes in Niederbayern entstanden am Rande des Nationalparks Bayer. Wald und im Rottal unter der Trägerschaft des gleichnamigen Zweckverbandes die Freilichtmuseen Massing und Finsterau. Der Bezirk Niederbayern hat als Hauptlastträger (60 %) in den vergangenen zehn Jahren dafür 8,7 Millionen DM bereitgestellt. Insgesamt haben die Zweckverbandsmitglieder während dieses Zeitraumes mehr als 13,5 Millionen DM in den Ausbau und die Erweiterung der Museen investiert; darüber hinaus fielen an Personal- und Sachkosten 11,9 Millionen DM an.

In den nächsten Jahren plant der Zweckverband in Finsterau

- die Errichtung eines Eingangsgebäudes mit Ausstellungs- und Verwaltungsräumen incl. Kasse, wofür geschätzte Kosten von 3,5 Millionen DM anfallen werden, sowie
- den Aufbau eines museumsgeschichtlichen Angebots, das jährlich Aufwendungen von 120.000 DM erforderlich macht.

In Massing sind vorgesehen

- der Bau von Werkstätten für ca. 500.000 DM
- die Transferierung eines Hofes aus der Hauslandschaft Landshut mit Kosten von 2,4 Millionen DM, sowie
- die Errichtung eines Sonderausstellungsraumes und eines temperierten Depots mit einem Investitionsaufwand von ca. 1,5 Millionen DM.

Die Ausführung dieser Zukunftsprojekte hängt in erster Linie von der finanziellen Lage der Zweckverbandsmitglieder und der Unterstützung durch Zuschussgeber ab.

### *Südostbayerisches Städtetheater*

In vorbildlicher kommunaler Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Niederbayern sowie den Städten Landshut, Straubing und Passau war es möglich, das einzige Sprech- und Musiktheater im niederbayerischen Raum unter der Trägerschaft des Zweckverbandes Südostbayerisches Städtetheater mit Sitz in Landshut zu erhalten. Der Bezirk Niederbayern ist seit Dezember 1964 Mitglied des Zweckverbandes und ließ sich dies wie die Städte Landshut und Passau auch im Jahr 1994 1.713.000,- DM kosten. Für die letzten zehn Jahre errechnet sich immerhin ein Betrag von 12.711.000 DM.

### Wirtschaftsförderung

Während sich der erste Teil dieses Berichtes mit den klassischen Zuständigkeiten des Bezirkstages als "Kommunalparlament für Gesundheit, Kultur und Soziales" befasste, soll nun auf diejenigen Aktivitäten des Bezirks eingegangen werden, mit denen der Bezirk Niederbayern "aus dem Rahmen fällt".

Niederbayern, das weder zu den größten noch zu den finanzstärksten Bezirken Bayerns zählt, rangiert aufgrund seiner vormals überwiegend landwirtschaftlichen Struktur und geographischen Lage im sogenannten revierfernen Grenzland in der Steuerkraft an der letzten Stelle. Nachdem noch vor wenigen Jahren viele Menschen mangels Arbeitsplätzen zur Abwanderung gezwungen waren, sah der Bezirkstag von Niederbayern eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Voraussetzungen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Deshalb mischt der Bezirkstag neben den traditionellen Bezirksaufgaben auch in den Bereichen Energieversorgung, Fremdenverkehrsförderung und Bäderwesen mit. Obwohl es sich dabei scheinbar um atypische Bezirksaufgaben handelt, sind sie doch durch die Bezirksordnung "gedeckt". Dort heißt es nämlich: "In den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit sollen die Bezirke die öffentlichen Einrichtungen schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Bürger nach den Verhältnissen des jeweiligen Bezirkes erforderlich sind". Hinzu kommt, dass sich der Bezirk Niederbayern bei seinen Bemühungen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausschließlich solchen Verpflichtungen zuwandte, die einerseits nicht vom Staat wahrgenommen wurden und die andererseits nicht in Konkurrenz zu privaten Unternehmungen und Initiativen standen.

### *Bäderwesen*

Zum wertvollsten Kapital Niederbayerns gehören seine abwechslungsreiche Naturlandschaft und seine reichen Thermalwasservorkommen. Deshalb konzentrierte der Bezirk seine Maßnahmen zur Förderung der Infrastruktur auf den Fremdenverkehr und das Bäderwesen.



Wie vorausschauend und richtig diese Entscheidung war, beweist das Beispiel Bad Füssing, das heute an der Spitze aller Thermalbäder in der Bundesrepublik Deutschland, ja Europas liegt. Als der Bezirk Niederbayern 1957 dem Zweckverband Bad Füssing beitrat und anstelle des kleinen Ortes Safferstetten mit dem hervorragenden Heilwasser Aufgaben der Gemeinde übernahm, gab es im heutigen Kurgelbiet keine befestigte Straße, keine zentrale Wasserversorgung, keine Kanalisation und kein Kurmittelhaus. Die Zahl der Übernachtungen betrug 40.000; für 1994 erwarten wir über 3 Millionen. Den Grundstein für eine positive Entwicklung von Bad Füssing und des heute bundesweit bekannten niederbayerischen Bäderdreiecks mit den Thermen in Griesbach und Birnbach im Rottal sowie dem alten Römerbad Gögging an der Donau, haben auch dort drei im Jahr 1974 gegründete kommunale Zweckverbände gelegt, in denen neben der jeweiligen Heimatgemeinde und den zuständigen Landkreisen der Bezirk Niederbayern vertreten ist. Mit dem Bau von zentralen Kurmittelhäusern wurden zuerst als Anreiz für nachfolgende Privatinvestitionen die Voraussetzungen im Therapiebereich geschaffen.

Mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand für den Bezirk Niederbayern konnten die Zweckverbände der "Gesunden Fünf" in den letzten 10 Jahren hervorragendes leisten. Denn dass diese, unter 60 % Beteiligung des Bezirks entstandenen Einrichtungen für den jeweiligen Kurort von großer Bedeutung sind, ergibt sich schon daraus, dass mit rund 330 Beschäftigten im Jahr 1993 ca. 3 Millionen Anwendungen verabreicht wurden. Die Zahl der Gästebetten konnte gegenüber 1984 von 17.000 auf 26.500 im Jahr 1993 gesteigert werden. Ebenso stieg die Zahl der Übernachtungen von 3,5 Millionen auf 5,8 Millionen. Damit sind unsere Kurorte mit rund 12.000 Beschäftigten heute zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden.

Der jüngste sichtbare Beweis für das Engagement der Zweckverbände ist das rd. 49,3 Millionen DM teure Kurmittelhaus Bad Abbach, das nach nur eineinhalbjähriger Bauzeit im Frühjahr 1993 vor den Toren Regensburgs in Betrieb ging. Bereits heute besuchen täglich ca. 500 Gäste das Bewegungsbad und dies, obwohl das geplante Kurgelbiet noch nicht realisiert ist. Für 1995 ist vorgesehen, die „Kaiser-Therme“ mit einer Saunalandschaft auszustatten. Trockensauna, Rasul, Dampfbad, Kleopatrabad, Solarien sowie Erlebnisbecken sollen die Attraktivität steigern.

Erfreulicherweise konnten auch in den letzten 10 Jahren die übrigen, bereits seit den 50er bzw. 70er Jahren bestehenden Bäderzweckverbände ihre Behandlungseinrichtungen und die Infrastruktur kontinuierlich ausbauen.

In Bad Birnbach und Bad Gögging erfolgte der Endausbau der Kurmittelhäuser. In Bad Füssing werden derzeit umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Nachdem im Jahr 1993 der Bau der Rotunde und des Grottenbades abgeschlossen werden konnten, wird seit Herbst 1993 die Badeplatte mit einem Aufwand von 45 Millionen DM ohne staatliche Förderung erweitert.

In Zeiten von tiefgreifenden Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen ist es unerlässlich, die Konkurrenzfähigkeit der Bäder zu erhalten und rückläufigen Behandlungszahlen entgegenzuwirken. In Bad Füssing, wo die Entwicklung zum reinen Kurort am stärksten vollzogen wurde, lagen sie 1993 um ca. 10 % unter denjenigen von 1984. Dies soll durch die derzeit erfolgenden Modernisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Die Behandlungszahlen in den übrigen Bädern der "Gesunden Fünf" erfuhren in den letzten 10 Jahren einen erheblichen Anstieg; so haben sie sich in dem 1984 noch jungen Kurmittelhaus Bad Gögging bis 1993 mehr als verdoppelt. In Bad Birnbach erhöhten sie sich im gleichen Zeitraum um 31 %, in Bad Griesbach um 23 %.

Zusätzliche Einrichtungen, die über den rein medizinischen Bereich hinausgehen, sollen die Attraktivität auch für Besucher, die das Bad außerhalb eines Kuraufenthalts besuchen, steigern. Unter diesem Aspekt sind die umfangreichen Investitionen in Bad Griesbach zu sehen. Hier werden die medizinische Bäderabteilung, die Cafeteria und die Eingangshalle umgebaut. Die Baukosten von 52 Millionen DM beinhalten überdies die Erweiterung der Wasserflächen und den Neubau eines Türkischen Bades.

Ebenso wird derzeit die Rottal Terme in Bad Birnbach durch die Errichtung eines "Vitariums" mit Umbau und Sanierung des Hofbades, des Sauna- sowie des Umkleide- und Sanitärbereichs (Kosten 11,5 Millionen DM) modernisiert und erweitert.

In Bad Gögging ist eine Erweiterung für die nächsten Jahre geplant. Neben der Inbetriebnahme des unbedingt notwendigen Kurhauses im Jahr 1993 wurde in Bad Gögging in den vergangenen Jahren eine Moorlagerstätte mit einer Mooraufbereitungsanlage geschaffen. Diese Zukunftsinvestition wird die Versorgung mit Moor - nicht nur der Donaubäder - für Jahrzehnte sicherstellen.

Nicht so erfolgreich wie gewohnt, aber weit besser als der Durchschnitt - so lässt sich die aktuelle Lage der „Gesunden Fünf“ zusammenfassen. Die Situation ist heute zweifellos schwieriger wie vor 10 Jahren. Dank der vorausschauenden Bäderpolitik sind die Aussichten dennoch sehr gut, im immer härter werdenden Wettbewerb weiterhin bestehen zu können.

### *Erdgasversorgung*

Da der Bezirk Niederbayern (mit Ausnahme der Stadt Landshut) bis 1976 ohne Erdgasanschluss war und die beiden in Frage kommenden Unternehmen Bayerngas und Erdgas Südbayern GmbH aus Kostengründen nicht in der Lage waren, die erforderlichen überregionalen Erdgasleitungen zu bauen, beschloss der Bezirkstag von Niederbayern die Übernahme der Trägerschaft für diese Erdgasversorgungsleitungen. Durch diese ungewöhnliche "freiwillige Leistung" verfügt der Bezirk Niederbayern derzeit über ein Hochdruckleitungsnetz von 390 km; die hierfür angefallenen Gesamtkosten von 108,5 Millionen DM wurden mit erheblichen staatlichen Fördermitteln finanziert. Das Versorgungsgebiet umfasst zwischenzeitlich 50 Orte mit über 6.400 Kunden.

Der Gasabsatz über die ESB-Leitungen des Bezirks (= 355 km) belief sich im Jahr 1993 auf 274 Millionen cbm. Daraus resultiert folgende Entlastung der Umwelt (unberücksichtigt sind dabei die Leitungen der Ferngas Nordbayern, FGN, mit 33,4 km):

- ca. 30.700 Tankwagenfahrten
- ca. 201.085 t Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)
- ca. 2.705 t Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>)
- ca. 145 t Kohlenmonoxid (CO)
- ca. 596 t Stickstoffoxid (NO<sub>x</sub>)
- ca. 121 t Staub

Diese wenigen Zahlen dokumentieren, dass sich der Bezirk auch seiner Verantwortung für die Umwelt voll bewusst ist und im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Reinhaltung von Luft, Boden und Wasser beiträgt. Es stehen noch folgende Maßnahmen an, die zugleich den Endpunkt des Engagements des Bezirks markieren werden:

- Erdgashochdruckleitung Messerermühle - Moos - Osterhofen  
Länge ca. 12,3 km, Kosten ca. 4,0 Millionen DM
- Erdgashochdruckleitung nach Hauzenberg, Obernzell und Erlau  
Länge ca. 14,6 km, Kosten ca. 5,9 Millionen DM

Voraussetzung für die Realisierung dieses Restprogrammes ist die Ausweisung von Mitteln für den Erdgasleitungsbau im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern 1995/96.

### Bezirkshaushalt

Seinen Haushalt finanziert der Bezirk Niederbayern über die Bezirksumlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgebracht wird, sowie aus eigenen Einnahmen und Zuwendungen des Staates. Hierbei wurde von Seiten des Bezirkstages und seiner Gremien stets besonders darauf geachtet, die von der Bezirksordnung vorgeschriebene Leistungsfähigkeit nicht zu überschreiten: Niederbayern hat nicht nur die geringste Verschuldung aller bayerischen Bezirke, sondern steht mit einem Hebesatz von 22,8 v. H. an vorletzter Stelle.

Obwohl die Bezirksordnung während der letzten 40 Jahre wiederholt Änderungen erfuhr, wurde das Aufgabenspektrum nur unwesentlich erweitert. Trotzdem ist die Dimension niederbayerischer Bezirksaufgaben in einem Maße angestiegen, wie sich dies die Mitglieder des ersten Bezirkstages auch in den kühnsten Träumen nicht hätten vorstellen können. Ein Vergleich des Gesamthaushaltsvolumens einschließlich der damals bereits bestehenden drei Bezirkseinrichtungen von 21,36 Millionen DM im Jahr 1954 mit dem Gesamthaushaltsvolumen von 596,36 Millionen DM im Jahr 1994 ist ein deutlicher Beleg dafür.

### Bezirksverwaltung

Die vorstehend geschilderten Aufgaben bewältigt der Bezirk Niederbayern im Jahr 1994 mit rund 2.100 Bediensteten. Dies bedeutet gegenüber 1984 mehr als eine Verdoppelung der im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen und Stellen von 982,5. Nach und nach stieg diese Zahl bis zum Jahr 1988 auf 1.071, also um 10 % innerhalb von fünf Jahren. Seit 1989 ist ein explosionsartiger Anstieg um mehr als 900 auf einen Stand von derzeit 2.003 Stellen zu verzeichnen. Diese fast 90%ige Mehrung hat natürlich Gründe. So gingen die Bezirkskrankenhäuser Straubing (228 Stellen) und Landshut (derzeit 243 Stellen) in Betrieb. Die Klinik für neurologische Frührehabilitation in Mainkofen wurde 1992 eröffnet und weist nach Inbetriebnahme der Tagesklinik rund 100 Arbeitsplätze auf. Eine weitere erhebliche Mehrung der Stellen brachte die Verordnung über den Personalbedarf in der Psychiatrie (PsychPV). Deutliche Stellenzuwächse mit mehr als 100 % waren von 1984 bis 1994 auch bei der Hauptverwaltung zu verzeichnen. Neu eingerichtet wurden in diesen Jahren das Bäderreferat und die Bezirkskasse. Daneben waren aber auch in allen anderen Referaten Personalaufstockungen wegen vorangegangener Aufgabenerweiterungen zu verzeichnen.

Beispielsweise wurde die anfangs der Achtziger Jahre aus den Vorzimmer- und PR-Bereichen hervorgegangene und vor etwa 5 Jahren um die Betreuung internationaler Partnerschaften erweiterte Pressestelle zwischenzeitlich zum "Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit" umstrukturiert und um die Stelle eines Partnerschaftsbeauftragten verstärkt. Der Mitarbeiterstand von insgesamt 4 ganztags- und 3 Halbtagskräften ist mit Sicherheit nicht überzogen, wenn man bedenkt, dass das Arbeitsgebiet des vergleichsweise kleinen Teams auch für die Organisation und Abwicklung aller öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen umfasst. Ferner wird das dringend erforderliche Informationsmaterial, wie z. B. Informationsbroschüren, welche dem Bezirk bis vor 10 Jahren noch gänzlich fehlten, sowie zuletzt ein farbiger Ausstellungskatalog eigenverantwortlich vom PR-Referat entwickelt und herausgebracht.

Im Zuge des Abschlusses der Regionalpartnerschaft zwischen dem Bezirk und dem Département Oise im Jahr 1991 entwickelte sich ein beachtlicher deutsch-französischer Austausch: sportliche Begegnungen, kulturelle, touristische und wirtschaftliche Aktivitäten fallen ebenso darunter wie die Vermittlung von Städte-, Gemeinde- und Schulpartnerschaften.

Mit 20 % stieg die Anzahl der Stellen bei der Sozialverwaltung zwar unterdurchschnittlich an, mehr als 75 % aller Stellen sind jedoch dem gehobenen Dienst zugeordnet. Beim Institut für Hörgeschädigte in Straubing und Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn hingegen wurden in den vergangenen 10 Jahren ca. 7 % bzw. 5 % Stellen abgebaut. Dies ist auf den in beiden Einrichtungen zu verzeichnenden Schülerrückgang zurückzuführen.

Interessant ist auch ein Vergleich der jeweiligen Personalkosten. So betragen die Haushaltsansätze 1984 rund 43 Millionen DM und stiegen 1994 auf rund 122 Millionen DM, also um fast das Dreifache zu. Diese Steigerung innerhalb von 10 Jahren ist nicht allein auf die Verdoppelung der Beschäftigten und auf die prozentualen Erhöhungen der Bezüge zurückzuführen, sondern auch darauf, dass strukturelle Überleitungen erfolgten, die erhebliche finanzielle Verbesserungen für einige Beschäftigtengruppen (Pflegepersonal, Arbeiter, Erzieher) brachten.

Trotz der schon angesprochenen Personalmehrungen sind diese vielfältigen Aufgaben nur durch den zunehmenden Einsatz von automatisierten Verfahren zu bewältigen.

## Schlussbetrachtung

In einer Zeit, in der der einzelne immer mehr das Gefühl der Ohnmacht gegenüber Staat und Verwaltung empfindet, hat sich die Selbstverwaltung als ein wirksames Bollwerk für unsere Demokratie bewährt. Der Bezirk Niederbayern hat nach Auffassung seines obersten Organes gut daran getan, neben dem weiten Feld der Pflichtaufgaben auch die Möglichkeiten im eigenen Entscheidungsbereich voll auszuschöpfen. Da der Bürger, der durch sein Votum die Zusammensetzung des Bezirkstages bestimmt, im allgemeinen immer noch zuwenig über dessen Aufgaben informiert ist, soll mit dieser Bilanz das rund vierzigjährige Wirken des niederbayerischen Kommunalparlaments breiteren Bevölkerungskreisen nähergebracht werden.